

**D 001****DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen

**Steuerpolitik für mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen handlungsfähigen Staat**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Steuerpolitik steht wieder im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Mit Steuern, ihrer Höhe und Gestaltung werden Handlungsfähigkeit und Aufgaben des Staates beeinflusst. Eine zukunftsfähige Steuerpolitik muss die Handlungsfähigkeit des Staates garantieren und gleichzeitig für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates untermauert. Dafür braucht er eine ausreichende Finanzierungsbasis. Staatliche Handlungsfähigkeit muss aber auch über die Krise hinaus sichergestellt werden. Die Herausforderungen sind groß: Klimawandel, Energieeffizienz, demographischer Wandel, Bildung, Innovationsfähigkeit und die Modernisierung der Infrastruktur erfordern staatliches Handeln. Allein der Finanzierungsbedarf eines zukunftsfähigen Bildungswesens liegt bei mehr als 30 Milliarden Euro jährlich. Der Investitionsstau allein in den Kommunen beläuft sich auf rund 70 Milliarden Euro. Auch die Hartz IV-Sätze müssen dringend erhöht werden, um existenzsichernd zu sein. Ein unterfinanzierter Staat kann diese Zukunftsaufgaben nicht bewältigen. Die deutsche Steuerquote liegt aber im europäischen Vergleich auf einem der letzten Plätze.

Politische Handlungsfähigkeit setzt ausreichende Steuereinnahmen voraus. Allgemeine Steuersenkungen sind deshalb völlig fehl am Platz. Zu den 45 Milliarden Euro schweren Steuergeschenken der letzten Jahre kommen zusätzliche Steuersenkungen der neuen schwarz-gelben Regierung im Umfang von jährlich rund 29 Milliarden Euro. Diese werden die katastrophale Lage der öffentlichen Haushalte weiter verschärfen. Gleichzeitig erfordert die Schuldenbremse ab 2011 einen erheblichen Konsolidierungsbedarf: Viele öffentliche Aufgaben werden dann nicht mehr oder nur noch über teure Gebühren wahrgenommen werden können. Die Daseinsvorsorge würde in ihren Grundfesten erschüttert.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen einen Wettlauf um Steuersenkungen ab. Die Steuersenkungen von heute sind die Ausgabenkürzungen und Sozialabbauprogramme von morgen.

Wir brauchen ein sozial gerechteres Steuersystem. Ein Steuersystem ist dann sozial gerecht, wenn jeder nach seiner Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beiträgt. Steuerpolitik kann und soll die ungleiche Verteilung der Markteinkommen mindern. In den letzten Jahren ist dies immer schlechter gelungen. Die Ungleichheit stieg nach staatlicher Umverteilung – Steuern, Abgaben und Transfers – stärker als vor staatlicher Umverteilung. Der Anteil der indirekten Steuern und der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist gestiegen. Dies belastet vor allem Arbeitnehmerhaushalte. Ganz anders sieht es bei den Steuern für Unternehmen, Vermögende und Spitzenverdiener aus: Die Unternehmen wurden durch die Unternehmenssteuerreform 2008 zum wiederholten Mal kräftig entlastet. Vermögen und Kapitalerträge werden hierzulande überhaupt nicht mehr, bzw. äußerst gering besteuert. Darüber hinaus hat die kräftige Senkung des Einkommensspitzensteuersatzes die Schieflage noch weiter verschärft. Diese skandalöse Entwicklung muss umgekehrt werden.

Angesichts der wachsenden öffentlichen Aufgaben muss jede Lohn- und Einkommensteuerreform mindestens aufkommensneutral sein. Insgesamt muss eine Steuerreform aber ein deutliches Mehraufkommen erzielen.

## **1. Einkommensteuer leistungsgerecht gestalten**

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine progressiv ausgestaltete Einkommensteuer ein. Sie gewährleistet die Besteuerung nach individueller Leistungsfähigkeit und bewirkt eine Umverteilung über das Steuersystem. Die Leistungsfähigkeit ist abhängig von der Einkommenshöhe. Der progressive Verlauf der Einkommensteuer wirkt der ungleichen Verteilung der Markteinkommen entgegen. Der von der FDP in den Koalitionsvertrag gebrachte Stufentarif tritt diese Prinzipien mit Füßen.

In der Vergangenheit wurde die linear-progressive Wirkung des Tarifverlaufs mehrfach geschwächt: zum einen durch den auf 42 Prozent abgesenkten Spitzensteuersatz und zum anderen durch den so genannten Mittelstandsbauch (also durch den zunächst starken und dann bei Einkommen ab 13.140 Euro abflachenden Verlauf der Grenzsteuersätze). Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die Abschaffung des „Mittelstandsbauchs“ ein.

Aus verteilungspolitischen Gründen drängen wir auf die Veränderung der Steuerprogression. Konkret geht es um die Durchsetzung eines linear-progressiven Verlaufs der Steuerkurve mit einem deutlich höheren Spitzensteuersatz. Weiterhin wollen wir, dass der Tarifverlauf regelmäßig an die Einkommensentwicklung angepasst wird. So soll der kalten Progression entgegen gewirkt werden, die in erster Linie Arbeitnehmerhaushalte mit Tarifeinkommen belastet. Notwendig ist eine leistungsgerechte Besteuerung aller Steuerpflichtigen. Die Höhe des Grundfreibetrages muss sich grundsätzlich am Existenzminimum orientieren und wegen der Verteuerung der Lebenshaltung von Zeit zu Zeit angehoben werden.

## **2. Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge müssen steuerfrei bleiben**

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sagen ganz klar nein zu jedwedem weiteren Angriff auf die Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen. Ihre Abschaffung wäre ein Angriff auf die wichtigen LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, dass auch zu diesen außergewöhnlichen Arbeitszeiten, die mehr und mehr ausgeweitet wurden und zu hohen Belastungen führen, gearbeitet werden kann, z.B. für die Aufrechterhaltung eines öffentlichen Leistungsangebotes bei der Energieversorgung, im Gesundheitswesen und bei der Krankenversorgung, bei den Medien, bei der öffentlichen Sicherheit, den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der Kontinuität von Produktion und Dienstleistungen. Ein solcher Einsatz der Beschäftigten für die Gesellschaft wird seit Jahrzehnten mit Lohnzuschlägen honoriert, die durch eine teilweise Steuerfreiheit auch wirklich bei den Beschäftigten ankommen sollen. Das muss so bleiben.

## **3. Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent hat unser Steuersystem ungerechter gemacht. Deshalb sagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften nein zu einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese belastet überproportional die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, da sie im Vergleich zu den Besserverdienenden über eine hohe Konsumquote verfügen. Auch einer Anhebung des niedrigeren Steuersatzes von 7 auf 19 Prozent für die lebensnotwendigen Produkte des täglichen Bedarfs widersprechen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften entschieden.

## **4. Die Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen**

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Abschaffung der Abgeltungsteuer. Seit Anfang 2009 werden Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden, Veräußerungen) mit einer Abgeltungsteuer von pauschal 25% und nicht mehr mit dem persönlichen Einkommensteuersatz belegt. Dadurch werden Kapitalerträge gegenüber Arbeitseinkom-

men privilegiert. Das ist ungerecht. Deshalb fordern wir: Kapitalerträge sollen wieder mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert werden. Als ein Zwischenschritt muss mindestens eine Erhöhung der Abgeltungssteuer auf 35% erfolgen. Mit einem Abgeltungssteuersatz von 25% trägt die Bundesregierung zum internationalen Steuerunterbietungswettbewerb bei.

Zu einem wesentlichen Bestandteil einer gerechten Kapitalbesteuerung gehört auch, die grenzüberschreitenden staatlichen Kontrollregelungen zu verbessern und zu erweitern. Mit der Europäischen Zinsrichtlinie ist zwar eine wichtige Voraussetzung für eine steuerliche Erfassung der Zinseinkünfte Privater geschaffen worden. Das aber reicht nicht aus. Es müssen alle Arten von Kapitaleinkünften natürlicher und juristischer Personen in den automatischen Informationsaustausch einbezogen werden. Auch muss in Doppelbesteuerungs- und Steuerinformationsaustauschabkommen (Tax Information Exchange Agreements, TIEA) seitens der Bundesregierung darauf gedrungen werden, dass diese den automatischen Informationsaustausch vorsehen und nicht nur völlig unzureichende Detailabfragen.

## **5. Konsequente Förderung von Familien mit Kindern**

Wir fordern eine grundsätzliche Reform der Familienförderung. Im Mittelpunkt muss die Kinderförderung stehen. In diesem Zusammenhang gehört die Ehegattenbesteuerung auf den Prüfstand. Das derzeit praktizierte Ehegattensplitting ist unzeitgemäß und ungerecht. Es begünstigt unabhängig vom Vorhandensein von Kindern die Alleinverdiener-ehe und bevorteilt außerdem Bezieher hoher Einkommen. Es sollte daher schrittweise in Richtung einer Individualbesteuerung umgeformt werden. Daraus resultierende finanzielle Mehreinnahmen sollen für die Förderung von Familien mit Kindern sowie die Ausweitung des Angebotes von Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden.

## **6. Unternehmen steuerlich mehr in die Pflicht nehmen**

Grundsätzlich gilt: Unternehmensgewinne, die in einem Land erwirtschaftet werden, müssen auch dort besteuert werden. Weitere Nettosteuersenkungen für Unternehmen darf es nicht geben. Vielmehr müssen die Unternehmen nach der Krise wieder einen größeren Teil an der Finanzierung der öffentlichen Leistungen übernehmen. Die von den Unternehmen selbst eingeforderte Sicherstellung und Nutzung der Infrastruktur und anderer öffentlicher Güter wie Bildung, Forschung, Rechtssicherheit, Eigentumsschutz usw. muss schließlich finanziert werden. Aus diesem Grund muss der Körperschaftsteuersatz wieder angehoben und die Vielzahl an Steuergestaltungsmöglichkeiten und -schlupflöchern eingeschränkt werden. Das gilt auch für die Schlupflöcher, die Schwarz-Gelb im sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz erneut eröffnet hat. Das Ziel muss sein, Unternehmensgewinne vollständig, realistisch und zeitnah zu erfassen. Des Weiteren müssen Anreize zur Verlagerung von Gewinnen verringert werden. Insbesondere folgende Regelungen und Problembereiche sollen zugunsten einer stabilen Einnahmeentwicklung der öffentlichen Haushalte und der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Prüfstand gestellt werden:

- die Aufhebung der Steuerfreiheit von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilsbesitz durch Kapitalgesellschaften,
- die Einschränkung von Gewinn- und Verlustverrechnungsmöglichkeiten zwischen rechtlich selbständigen Unternehmen und
- die Verschärfung bzw. Präzisierung der Bedingungen für die Inanspruchnahme von Verlustvorträgen/-verrechnungen hinsichtlich maximaler Abzugshöhen und zeitlicher Befristung.

Für eine Verbesserung von Konjunktur und Wachstum müssen zielgerichtete und wirkungsvolle Instrumente eingesetzt werden. Der DGB gibt deshalb im Grundsatz „zeitlich befristeten Investitionszulagen“ den Vorrang vor dauerhaft „erhöhten Abschreibungssätzen“.

Zur Bekämpfung des internationalen Steuerdumpings sowie der Auswüchse bei der Auslandsfremdfinanzierung und der Verrechnungspreisgestaltung internationaler Konzerne muss das Unternehmensteuerrecht in den Mitgliedstaaten der EU angeglichen werden. Diese Angleichung muss sowohl durch eine einheitlichere breite Gestaltung der Bemessungsgrundlagen als auch durch die EU-weite Einführung eines Mindeststeuersatzes erfolgen.

## 7. Für eine Gemeindewirtschaftssteuer

Die Kommunen sind die Hauptleidtragenden der Steuerausfälle. Verursacht wurden die Steuermindereinnahmen durch eine falsche Steuersenkungspolitik und die aktuelle Rezession. Die Einbrüche bei der Gewerbesteuer um rund 20% zeigen aber auch, dass die Steuer nach wie vor sehr konjunkturabhängig ist. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen konnte im Rahmen der Unternehmensteuerreform nicht konsequent umgesetzt werden. Um die Einnahmen zu erhöhen und zu verstetigen, muss die Gewerbesteuer weiter zu einer umfassenden Gemeindewirtschaftssteuer ausgebaut werden. Dazu gehört beispielsweise die Einbeziehung von Selbständigen und Freiberuflern in den Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen und die Beendigung der Steuerbefreiung von Gewinnen aus der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften.

Den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz lehnen die Gewerkschaften scharf ab. Dies würde einen Ausbau der Wettbewerbs Elemente in der Besteuerung bedeuten. Dieser verschärfte Wettbewerb führt aller empirischer Erfahrung nach zu noch dramatischeren steuerlichen Einbrüchen. Denn dieser Wettbewerb funktioniert nur in eine Richtung: nach unten, d.h. zu geringeren Standards und geringeren Steuersätzen. Einem solchen Wettbewerbsföderalismus setzen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Forderung nach einer Erneuerung des kooperativen, solidarischen Föderalismus entgegen.

## 8. Vermögen und Erbschaften höher besteuern

Hohe Privatvermögen sind gesondert zu besteuern. Wir fordern eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine deutlich höhere Besteuerung von großen Erbschaften und Schenkungen. Selbstgenutztes Wohneigentum sollte bei der Vermögensteuer mit großzügigen Freibeträgen (500.000 Euro pro Familienhaushalt) ausgestattet sein. Der Steuersatz sollte bei einem Prozent liegen. Dadurch würden spürbare Mehreinnahmen zugunsten der Länderhaushalte erzielt werden.

Die seit Anfang 2010 geltende neue Erbschaftsbesteuerung wird von den Gewerkschaften abgelehnt: ihr Aufkommen und ihre Steuersätze sind zu gering. Darüber hinaus produziert das neue Erbschaftsteuerrecht neue Ungleichheiten und damit Ungerechtigkeiten in der Vermögensbewertung.

## 9. Mit Steuern ökologisch umbauen

Die Einführung von Ökosteuern im Jahr 1999 war ein wichtiger Schritt, mit Steuern den ökologischen Umbau voranzubringen. Die Einführung bzw. schrittweise Umgestaltung und Erhöhung von Energiesteuern ist dabei ein wichtiges Instrument zur Senkung der CO<sub>2</sub> Emissionen. Aus Sicht des DGB ist es an der Zeit, eine an sozialen und ArbeitnehmerInnenrechten orientierte Weiterentwicklung der Ökosteuer anzugehen und ökologisch problematische Steuerstatbestände einer Prüfung zu unterziehen.

- **Besteuerung der Atomenergieerzeugung:** Seit 2005 wird Atomenergie durch den Emissionshandel begünstigt. Durch die Einpreisung der kostenlos verteilten CO<sub>2</sub>-Zertifikate in den Strompreis sind die Strompreise gestiegen, die Stromproduktionskosten jedoch nicht. Nach wie vor gibt es keine analoge Belastung für die

spezifischen Risiken und Kosten der Atomenergie. Die direkten Steuermehreinnahmen aus der Besteuerung der Atomenergie würden bei Besteuerung im Äquivalent von 2 Cent/kwh jährlich rund 3,2 Mrd. Euro betragen.

- **Emissionshandel, Kerosinsteuer und Ticketabgabe im Flugverkehr:** Wirksame klimapolitische Instrumente sind im Flugverkehr – einem klimaschädlichen und gleichzeitig am stärksten wachsenden Verkehrsmittel – überfällig. Deshalb ist die von der EU-Kommission angestrebte Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel prinzipiell zu begrüßen. Dabei müssen anspruchsvolle und zugleich realistische Emissionsziele gesetzt werden. Ziel muss ebenfalls die weltweite Erhebung einer Kerosinsteuer sein. Dies wäre die steuerlich konsequenteste Umsetzung des Klimaschutzgedankens. Zwischenschritte sind zu prüfen, zum Beispiel eine europäische Lösung bei der Kerosinsteuer oder auch eine Flugticketabgabe, in die nicht nur alle startenden, sondern auch alle landenden Flugzeuge einzubeziehen sind.

## **10. Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen: Finanztransaktionssteuer in Europa, Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen**

Der explodierende Finanzmarkt der vergangenen Jahre war eine der Ursachen für die derzeitige Krise. Allein das Handelsvolumen von Derivaten, also Wetten auf die Kursentwicklung anderer Wertpapiere, von Währungen oder Rohstoffen, war 2007 50-mal höher als das Weltsozialprodukt. Der Handel mit „normalen“ Wertpapieren kam nur auf das 7,5-fache. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es einen großen Anteil von spekulativen Finanzgeschäften gibt, die nicht der Absicherung von realwirtschaftlichen Vorgängen dienen.

Wir fordern deshalb die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So könnten auch die Verursacher der Finanzkrise zur Finanzierung der Folgen herangezogen werden, Finanzströme würden transparent und Aktien, Rohstoffpreise und Wechselkurse stabilisiert. Die Steuer würde vor allem Spekulationsgeschäfte eindämmen. Denn je kurzfristiger ein Anleger handelt, desto öfter würde er zur Kasse gebeten. Wegen der breiten Bemessungsgrundlage könnten die Steuersätze einer Finanztransaktionssteuer sehr niedrig sein. Dennoch könnten Steuereinnahmen in erheblichem Umfang erzielt werden. Obwohl der Rückgang der Finanztransaktionen bereits mit eingerechnet ist, erbrächte eine Finanztransaktionssteuer in Europa einen Ertrag von rd. 2,2% des BIP bei einem Steuersatz von 0,1%. Steuern auf den Kapitalverkehr sind nichts Neues. Sie werden in einer ganzen Reihe von Ländern erhoben. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Ländern in einer Vorreiterrolle schon vor der Durchsetzung einer europäischen oder gar internationalen Finanztransaktionssteuer eine Börsenumsatz-Steuer einführt. Je nach Ausgestaltung könnten so zwischen 4 und 13 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen erzielt werden.

## **11. Maßnahmen für einen effektiven inländischen Steuervollzug**

Wir fordern die Bundes- und Länderregierungen auf, die massiven Defizite im inländischen Steuervollzug zu beheben. Den Lohnsteuerpflichtigen wird bereits beim Arbeitgeber die Steuer abgezogen. Steuerpflichtigen mit Einkünften aus einem Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung müssen sie dagegen erst nachträglich deklarieren. Im Ergebnis erklären sie in massivem Umfang geringere Einkünfte, als sie tatsächlich erzielt haben – zu Lasten der Allgemeinheit. Der mangelhafte und einseitige Vollzug der geltenden Steuergesetze muss beendet werden: Ein besserer Steuervollzug könnte Steuermehreinnahmen von mindestens zwölf Milliarden Euro im Jahr einbringen. Allein im Veranlagungsdienst fehlen bundesweit rund 2.700 Beschäftigte, in der Betriebsprüfung über 3.000 und in der Steuerfahndung über 300 Betriebs- und Umsatzsteuerprüferinnen und -prüfer. Diese erzielen pro Jahr durchschnittlich eine Million Euro an Mehrsteuern. Bei den Steuerfahnderinnen und -fahndern sind es 600.000 Euro. Es würde sich finanziell für den Staat mehr als lohnen, den Personalbestand in der Betriebsprüfung bedarfsgerecht aufzustocken.